

Was sagen uns die Ergebnisse der EU-Wahlen?

10 Thesen

1. Die Wahlen zum EU-Parlament haben die seit längerem zu beobachtenden tektonischen Verschiebungen in den politischen Systemen der Mitgliedsländer bestätigt. Die politische Destabilisierung in vielen Ländern ist zu einem zusätzlichen Faktor in dem Set der ohnehin schon multiplen Krisen der EU geworden.
2. Politische Instabilität heißt nicht nur Wahlsieg *Marine Le Pens*, der *Legia*, der *Brexit Party* oder der Aufstieg der *Grünen* in Deutschland, sowie Absturz z.B. der SPD, der Labour Party und der Konservativen in Frankreich, Spanien, Großbritannien u.a., sondern auch die „*Wiederauferstehung*“ von Akteuren, die früher Niederlagen hinzunehmen hatten. So z.B. im Fall der spanischen PSOE oder der Sozialdemokraten in den Niederlanden und Dänemark. Ein ähnlicher Fall ist das magere Ergebnis der dänischen Linkspartei bei den EP-Wahlen, aber ihr gutes Abschneiden wenige Wochen später bei den Wahlen zum Folketing, oder das Ergebnis der Linkspartei in Bremen im Vergleich zur EP-Wahl. Die Entwicklung wird immer unvorhersehbarer und unkalkulierbarer. Der Kontrollverlust ist Ausdruck einer politischen Systemkrise bzw. Herrschaftskrise.
3. Auch wenn der Trend zur politischen Instabilität ein EU-weites Phänomen ist, haben die Veränderungen doch jeweils ihre Ursachen in den nationalen Bedingungen. Die EU-Wahlen sind – in diesem Punkt hat Macron recht – nach wie vor nationalstaatliche Wahlen. So waren viele Positionen oft nur in bestimmten Mitgliedsländern wählbar. Wer z.B. hierzulande gern die euro-kritische Linke der Plattform *Maintenant le Peuple*¹ gewählt hätte, konnte das nicht tun, weil die Liste hier nicht antrat. Die Erfolge und Niederlagen von Parteien sind in den meisten Fällen auf die Verhältnisse in den Nationalstaaten zurückzuführen.
4. Damit zeigen sich jetzt nicht nur bei Wirtschaft und Sozialem, sondern auch im Politischen eine zunehmende Heterogenität und die Vertiefung zentrifugaler Tendenzen. In der gesellschaftlichen Realität kann von einem Zusammenwachsen nicht die Rede sein, im Gegenteil, die Spaltungslinien vermehren und vertiefen sich.
5. Wenn es stimmt, dass die Wahl eine Bestätigung bereits bestehender Verschiebungen war, erweist sich auch das Narrativ von der *Schicksalswahl* als Fake. Das war auch schon vor der Wahl sichtbar. Denn zum einen ist das EP in der Machthierarchie der EU-Institutionen nach Rat, EZB, Kommission und EuGH eine zu unbedeutende Einrichtung, um Schicksal zu spielen. Zum anderen ist der Zuwachs der extremen Rechten zwar sehr unerfreulich, aber weit davon entfernt, Tatarenmeldungen à la *Campact* zu rechtfertigen.² Das war bereits Monate vor der Wahl in allen Umfragen zu erkennen. Hier wurde mit Angst- und Panikmache Politik betrieben.
6. Allerdings hat die Stimmungsmache auf allen Kanälen durchaus einen gewissen Effekt gehabt. So konstatierte die FAZ nach der Wahl sehr treffend: „*Die aufrüttelnde Zuspitzung und historische Dramatisierung im Wahlkampf – Stichwort Schicksalswahl – mag manchen übertrieben vorgekommen sein. Doch es hat die beabsichtigte Wirkung gehabt.*“ (27.5.2019; S. 1)
7. Auch wenn es bei den Demonstrationen am 19. Mai in einzelnen Fällen gelungen sein mag, mit EU-kritischen Parolen eine lokale Öffentlichkeit zu erreichen, so war der Gesamteffekt in der bundesweiten Medienöffentlichkeit eindeutig der von „*pro-europäischen*“ Aktionen, die die Wahlbeteili-

¹ PODEMOS, La France Insoumise, Bloco d'Esquerda (Portugal) und die nordischen Linksparteien.

² „*Wie sieht Europas Zukunft aus? Das hängt vom 26. Mai ab. Die Wahl des Europaparlaments ist richtungsweisend. Rechtsextreme Parteien könnten Europa einnehmen – und aus unmenschlichen Ideen Gesetze formen.*“ Campact Rundmail, 23.4.2019

gung und die Legitimität der EU beförderten. Unterm Strich waren die Demos staatstragend. Zudem ist die ausschließliche Fokussierung gegen Nationalismus,³ also gegen Rechte und Rassisten, desorientierend, weil sie verdeckt, dass deren Aufschwung wesentlich auch der neoliberalen Politik geschuldet ist. Wer die Rechtsentwicklung bekämpfen will, muss auch die neoliberale Politik bekämpfen, und das gelingt nicht mit, sondern nur gegen die neoliberalen Kräfte.

8. Die Resultate der Parteien links der Sozialdemokratie lagen mit wenigen Ausnahmen (Portugal, Zypern) zwischen schlecht und niederschmetternd. Das betrifft sowohl die sog. „pro-europäische Strömung, wie die deutsche *Linkspartei* und *Syriza*, als auch die EU und Euro-skeptische wie *La France Insoumise*, *PODEMOS* etc. Die Ursachen liegen auch hier vorwiegend an den nationalen Rahmenbedingungen, sowie jeweils nationaltypischen Fehlern.

9. Nach den Wahlen werden die tatsächlich schicksalhaften Probleme der EU wieder in den Vordergrund treten:

- a. der Absorptionseffekt der politischen Instabilität vor allem in den großen Mitgliedsländern Deutschland, Frankreich und Italien, die die ohnehin strukturell prekäre Problemlösungsfähigkeit gegen Null tendieren lässt. Die EU droht wie ein antriebsloses Schiff im Sturm vor sich hin zutreiben;
- b. die deutsch-französische Achse, ohne deren Funktionieren nicht viel läuft, und die derzeit unter dem Druck einer mehr oder minder offenen Hegemonialauseinandersetzung zwischen Paris und Berlin gewaltig eiert;
- c. der Konflikt mit Italien um die Einhaltung der sog. Stabilitätskriterien.⁴ Wenn sich das zur Kraftprobe zwischen Brüssel und Rom entwickelt, werden die Probleme der Fehlkonstruktion *EURO* mit voller Wucht zurückkommen;
- d. der BREXIT und seine Folgen;
- e. die Konflikte mit den USA - vom Handelskrieg über die Nahostpolitik, die unilaterale Kündigung von Rüstungskontrollabkommen (INF und demnächst wohl START) bis zum Thema Iran;
- f. die Konflikte mit den östlichen Mitgliedsländern;
- g. eine neue Zusammensetzung der Kommission. Italien, Ungarn und Polen werden Kommissare entsenden, die die Konflikte direkt in das Brüsseler Zentrum tragen. Das ist nicht Folge der EP-Wahlen, sondern der Resultate in den nationalen Wahlen.

Bei alle dem sind ein möglicher Einbruch der Weltkonjunktur, eine Finanzkrise 2.0, eine erneute Zunahme von Flucht und Migration oder die Herausforderungen aus Klima- und Umweltkrise noch nicht berücksichtigt. Dem EU-Parlament kommt bei der Lösung all dieser Probleme allenfalls symbolische Bedeutung zu.

10. Deshalb muss sich die emanzipatorische Linke fragen, ob sie sich ein business as usual mit der seit 30 Jahren erfolglosen Strategie des „*Mehr Europa, aber anders!*“ weiterhin leisten kann. Der EU droht nicht wirklich eine Zerschlagung, aber ein selbstverschuldeter Zusammenbruch dank der eigenen Politik ist durchaus denkbar. Das dann drohende Chaos würde wohl vor allem den Rechten in die Hände spielen. Deshalb braucht es eine grundsätzlich andere, eine emanzipatorische Alternative zur EU. Die Ansätze dazu bei Attac Frankreich und Österreich weisen in die richtige Richtung.

11.6.2019

Siegfried Müller-Maige, Peter Wahl

³Zentraler Aufruf „Ein Europa für alle, Deine Stimme gegen Nationalismus“

⁴Deren Ablehnung war bisher immer Konsens in der Linken.